Archives alainberset.ch — copie d'archive
Tribune d'Alain Berset « Das ist eine Übergangsregierung », parue dans Berner Zeitung (06.03.2004), reprise sur son site www.berset.ch.
Adresse d'origine : http://www.berset.ch/archives/documents/2004/040306.bz.htm
Copie : Internet Archive, capture du 22.10.2007 —
https://web.archive.org/web/20071022075133/http://www.berset.ch/archives/documents/2004/040306.bz.htm

Das ist eine Uebergangsregierung

Alain Berset, Ständerat FR
Berner Zeitung, 6. März 2004
Bieler Tagblatt, 6. März 2004

Am ausserordentlichen Kongress der SP Schweiz vom 6. März in Basel unterbreitet der Freiburger Ständerat Alain Berset in der Debatte zur politischen und strategischen Ausrichtung der SP den folgenden Vorschlag:

Die Bundesratswahl vom vergangenen 10. Dezember hat die Kräfteverhältnisse stark verändert. Ausgerechnet jetzt, wo sich die FDP für einen strammen Rechtskurs zu entscheiden scheint, erhalten SVP und Freisinn zusammen eine Mehrheit im Bundesrat.
In der Abstimmung vom vergangenen 8. Februar hat das Volk jedoch die Politik dieser Regierung, in welcher die Frauen, die Jungen und die Linken untervertreten sind, auf der ganzen Linie verworfen. In Bezug auf die aktuelle Situation spricht Moritz Leuenberger offen von einer „politischen Krise“.

Wie weiter ? Was steht für die SP und die Linke auf dem Spiel ?
Zuerst stellen wir fest, dass die neue Situation ziemlich unstabil ist. Unabhängig davon, ob man mit der Zusammensetzung einverstanden ist oder nicht, muss man festhalten, dass die wichtigsten Meinungsströmungen im Bundesrat bis jetzt recht ausgewogen vertreten waren. Hin und wieder wurde eine Frau oder ein Junger gewählt, und die Linke hat seit 1959 zwei Bundesräte.
Seit dem 10. Dezember 2003 widerspiegelt der Bundesrat viel schlechter die Bevölkerung dieses Landes. Zahlreiche Mitbürger fühlen sich in der Regierung nicht mehr vertreten. Der Widerspruch ist offensichtlich: Die Wahlen haben aufgezeigt, dass die Linke so stark wie noch nie ist in der Schweiz, und trotzdem hat das Parlament den rechtslastigsten Bundesrat der letzten Jahrzehnte gewählt.
Nun hat der Bundesrat einen Teil seiner Glaubwürdigkeit eingebüsst, die Lage ist unstabil, alles ist in Bewegung und die Spannungen werden zunehmen. Diese Regierung ist also de facto eine Übergangsregierung. Wenn kein politisches Erdbeben stattfindet, wird sie jedoch noch mindestens vier Jahre im Amt bleiben. Da muss sich die SP die Grundsatzfrage stellen, welche Prioritäten sie in den nächsten vier Jahren setzen will.

Es erwarten uns grosse Herausforderungen im Bereich der Sozialwerke, in der Familienpolitik, im Service public und in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir brauchen eine starke Partei, welche die Ereignisse antizipiert, um unseren Ideen zum Durchbruch zu verhelfen. Wir müssen eine klare Oppositionspolitik gegen die bürgerlichen Abbauvorlagen in Bund und Kantonen führen, indem wir namentlich Referenden ergreifen und uns dort voll einsetzen, wo wir reelle Erfolgschancen haben. Die Parlamentsfraktion und, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die sozialdemokratischen Bundesräte sollen sich dieser Strategie anschliessen.

Wir setzen diese Politik um und ziehen danach Bilanz. Unsere Entscheidung soll aber nicht durch den Zufall des Kalenders bestimmt sein. Einerseits brauchen wir genügend Zeit, um unsere Politik umzusetzen, andererseits sollen vor allem die Wählerinnen und Wähler bestimmen, ob diese Politik mit ihren Zielsetzungen verständlich ist. Im Vierjahreszyklus einer Legislatur ist die Situation eigentlich nur während zwei Monaten genügend klar, um eine Bilanz zu ziehen: unmittelbar nach den Wahlen, nachdem die Wählerinnen und Wähler den gewünschten Weg aufgezeigt haben, jedoch vor der Bundesratswahl, wo die Parlamentarier das ihnen bekundete Vertrauen umsetzen, indem sie die Regierung wählen. Dies ist der einzige Zeitpunkt, an dem die Parteibasis an einem Kongress über tatsächliche Alternativen befinden kann.
So können wir 2007 unsere politischen Bedingungen für die Legislatur 2007-2011 festlegen. Wir können ebenfalls über die Forderung nach einem weiteren linken Sitz in Betracht ziehen oder über die SP-Beteiligung in einer Regierung sprechen, in welcher die Linke, die Frauen und die Jungen chronisch untervertreten sind.

Alain Berset, Ständerat SP